Donnerstag, 16. April 1925 · 73. Jahrgang Nr. 179

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Chefredakteur: Otto Ruschke, Berlin-Steglitz.

Einheitsbrot	0,50	Wasser	cbm 0,17
Milch	0,27	Kolchsindex	133,2
Briketts Keller Ztr	1,53	Strassenbahn	0,15
Gaskoks Keller Ztr.	2,22	Hochbahn II.0,25, III. 0,15	
Strom o Grundgeb.	0,18	Stadtbahn II.0,25, III.0,15	
Gas	cbm 0,16	Omnib. Teil 0,15, g. Str.	0,20

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle
Zufuhr in Fischen: stark gefüllter Markt
Preise zurückgehend

Kabeljau 0,25—0,60, Seelachs 0,20 bis 0,50, Schellfisch 0,30—1,40, Rotbars 0,40—0,60, Flundern 0,20—0,40, Dorsch 0,20—0,30, grüne Heringe 0,30—0,40, Salzheringe 8 Stück 0,50; in Eis: Hechte 1,00—1,40, Zander 0,90—2,10, Aale 0,90—0,80, Lachs 1,80—4,00; lebend: Aale 1,80—3,00, Hechte 1,50—2,00, Schleie 1,80—2,50, Bleie 0,80—1,00, Butter 1,80—3,40, Eier Stück 0,08—0,15

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.

Tel. 0,15, ausw. n. Zon. u. Zeit Telegr. d. Wort Berlin 0,06
Rohrpost k. 0,36, -brief 0,40
Postk. 0,03, F. u. Oest 0,05
Ausl. 0,15, Tschech. u. Ung. 0,10
Brief 0,05, Fern- u. Oest. 0,10
Ausl. 0,25, Tschech. u. Ung 0,20
Dtschl., Belg., Dän., Danz., Lit., Ndrl., Schweiz 0,10, Frankr. 0,18
Dtschöster., Norw., Tschech. 17
Ital. 19, Ungarn 21, Grossbrit. 27
Russl. 35-41, Ver. Staat. 125-235

Das Kabinett Painlevé noch nicht fertig

Heute noch wichtige Besprechungen mit Caillaux und Briand

Kombinationen über die Zusammensetzung des Kabinetts

Paris, 16. April.

Nach den Mittagsblättern scheint die Bildung des Kabinetts Painlevé noch auf große Schwierigkeiten zu stoßen. Jedenfalls ist bis heute mittag noch kein Portefeuille verteilt. Painlevé hat den größten Teil des Vormittags ausgeruht und erst gegen Mittag seine Besprechungen wieder aufgenommen. „Paris Midi" teilt mit, daß er noch eine wichtige Unterredung mit Briand und Caillaux haben wird, von deren Ausgang die Bildung des Kabinetts abhängen wird.

Die angebliche Ministerliste

In zahlreichen Blättern wird bereits eine Liste über die voraussichtliche Zusammensetzung des Kabinetts veröffentlicht. Danach würde das Ministerium etwa folgendermaßen aussehen:

Ministerpräsident und eventuell Unterrichtsminister: Painlevé, Außenminister: Briand, Finanzminister: Caillaux, Justizminister: de Monzie oder Renoult, Innenminister: Chautemps oder Schramek, Kriegsminister: General Nollet, Marineminister: Chaumet, Handelsminister: Laval oder Loucheur, Kolonialminister: Steeg oder Daladier, Ackerbauminister: Durand, Pensionsminister: Antériou, Minister für die befreiten Gebiete: Dalbiez, Minister für die öffentlichen Arbeiten: Violette.

Painlevés nächtliche Besprechungen

Paris, 16. April. (W. T. B.)

Erst um 3 Uhr morgens war die Konferenz beendet, die Kammerpräsident Painlevé mit Briand, Caillaux, Malvy, Laval und Senator de Monzie abhielt. Als Briand das Gebäude des Kammerpräsidenten verließ, erklärte er, es sei noch nichts Endgültiges entschieden. Caillaux seinerseits anwortete ausweichend und erklärte: Wir haben uns hauptsächlich mit der Finanzlage beschäftigt; das ist eine sehr ernste Angelegenheit. Auf die Frage, ob er Painlevé heute wieder besuchen werde, antwortete er: Wahrscheinlich! Malvy erwiderte auf die Frage, ob man ihm einen Ministerposten angeboten habe: Jawohl, aber ich habe ihn abgelehnt, da ich vorerst in den Reihen meiner Partei bleiben will. de Monzie erklärte, er habe absolutes Vertrauen zum Ausgang der Verhandlungen, die Painlevé führe.

Die „Ere Nouvelle" über Painleves Kabinettsbildung

Die radikal-sozialistische „Ere Nouvelle" schreibt über die sich anbahnende Lösung der Ministerkrise: „Unser Appell ist von den beiden Staatsmännern gehört worden, an die wir uns gestern richteten. Painlevé hat sich an Joseph Caillaux gewandt, der in Mamers war. Die beiden werden sich zweifellos mit Unterstützung Briands an die undankbare und harte Aufgabe der Rettung und Erneuerung machen. Sicherlich werden die Besprechungen nicht ohne Zusammenstöße abgehen. Caillaux wird sich jeder Kapitalsabgabe widersetzen, die gewisse Persönlichkeiten seit mehreren Tagen zu einem unantastbaren Dogma zu erheben versuchen. Er wird also auf Opposition stoßen; aber sie wird beseitigt werden. Indem Painlevé einerseits an die Mitarbeit der Sozialisten und die Briands, der dem Linksanteil seine Ergebenheit von neuem bestätigt hat, und anderseits an Chaumet, den Präsidenten des republikanischen Handels- und Industriekomitees, appelliert, hat er seinen edelmütigen Wunsch begründet, unter der Aegide des Kartells die weiteste republikanische Union zu verwirklichen. Er entspricht somit dem einmütigen Wunsche der öffentlichen Meinung, die der Partei und Fraktionstreitigkeiten müde ist und Realitäten verlangt, die nur durch eine ergiebige Arbeit erreicht werden."

Vandervelde's Kabinettsversuch gescheitert

(Meldung der Funkstation Rudolf Mosse-Haus.)

Brüssel, 16. April.

Die Verhandlungen Vandervelde's mit den Liberalen und Katholiken über die Unterstützung einer rein sozialistischen Regierung sind erfolglos verlaufen. Die Absicht Vandervelde's, ein rein sozialistisches Kabinett zu bilden, ist daher als gescheitert zu betrachten.

Schnelldienst

Der Bruder des bayerischen Ministerpräsidenten Held ist in Rom plötzlich gestorben.

In Hamburg wurde der deutsche Farbentag für Architektur im Anschluß an die Ausstellung für farbige Architektur durch den zweiten Bürgermeister Dr. Schramm eröffnet.

Der französische royalistische Senator Jules Delahaye ist im Alter von 73 Jahren gestorben.

Die Erhöhung des Notenumlaufs ist von beiden französischen Parlamenten in Nachtsitzungen genehmigt worden.

Sozialer Frieden — Reichspräsidentenwahl

In einem Berliner deutschnational-deutschvolksparteilichen Blatt hat der Schriftleiter des Handelsteils wieder einmal die Feder zu einem seiner „berühmten" über die halbe Breite der Seite reichenden Artikel stumpf geschrieben und die ausgetretenen „Wege zum sozialen Frieden" mit „neuen" Steinen zu pflastern versucht. Aber es ist ihm wie all denen gegangen, die sich aus einem äußeren Anlaß an Probleme wagen, denen sie innerlich fremd und ablehnend gegenüberstehen. Er hat alte Pflastersteine für die neuen Wege genommen.

Die Reichspräsidentenwahl verlangt gebieterisch, sich um die Stimmen der „Arbeitnehmer" zu kümmern, ihnen zu zeigen, daß für sie etwas getan werden muß. Da die deutschnationalen-volksparteilichen Gesinnungsfreunde der Industrie die Arbeits- und Volksgemeinschaft in den breiten Massen der Bevölkerung durch die rauhe, brutale Tat ihres wirklichen Inhalts beraubt haben, muß ein nicht mehr „neues" Dekorationsstück aus dem schwerindustriellen Arsenal hervorgebracht werden: „die kapitalistische Beteiligung der Arbeiter". Sehr richtig heißt es, „daß die Beteiligung des Arbeiters durch Aktienbesitz immer dann eine Rolle gespielt hat, wenn die sozialen Gegensätze scharf aufeinander geprallt sind" Da liegt der Hund begraben. Nicht aus der inneren Ueberzeugung heraus, den arbeitenden Menschen um seiner selbst willen zum Arbeitsbürger zu machen, wird die Beteiligung des Arbeiters vorgeschlagen, sondern weil ein bestimmter Zweck erreicht werden soll. Erinnert das nicht an ähnliche politische Vorgänge vor dem Zusammenbruch von 1918? Die „Arbeitnehmer" lassen sich so leicht nicht mehr täuschen. Diese Versuchsballons gehen von den gleichen Kreisen aus, die sich vor 1918 allen Erweiterungen der Volksrechte gegenüber halsstarrig erwiesen, bis die Wellen über sie zusammenschlugen; es sind die gleichen Kreise, die 1918 das Novemberabkommen mit den Gewerkschaften abschlossen und es kaltblütig preisgaben als sie es nicht mehr brauchten; die gleichen Kreise, die während des passiven Widerstandes dauernd von Volksgemeinschaft und Gleichberechtigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern trieften und beim Abbruch ihre wahre innere Gesinnung offenbarten. Wo ist die Kruppsche Arbeiteraktie geblieben! Wo haben vielleicht ehrlich gemeinte Versuche von Wissenschaftlern, die soziale Frage einer Lösung entgegenzuführen, wie sie z. B. Hornneffer empfohlen und vor Unternehmerverbänden in vielen Versammlungen vorgetragen hat, irgend einen praktischen Inhalts bezahltigen Erfolg gehabt! Es ist nicht der geringste Versuch gemacht, sie zu verwirklichen, weil die innere Gesinnungsbereitschaft zu wirklich demokratischer Gestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern fehlt. Die Versuche einzelner sozialgerichteter Persönlichkeiten, z. B. Freeses und Abbés, sind nur ein vollgültiger Beweis für die Richtigkeit der Auffassung, daß nur machtvoller Zusammenschluß der Arbeitnehmer selbst die starre, unbeugsame Herrenauffassung der Industrie zu brechen vermag und daß ein kraftvolles, wahres demokratisches Staatswesen mit einem wirklich demokratisch gesinnten Oberhaupt die Wege zu einem „neuen sozialen Frieden" zu ebnen in der Lage ist. Von diesem Gesichtspunkte aus werden sich die Arbeitnehmer am 26. April bei Abgabe ihres Stimmzettels leiten lassen.

Lutwin.

Beamte, wählt Marx!

Ein Aufruf der demokratischen Beamten

Der Reichsausschuß der Deutschen demokratischen Beamten richtet folgenden Aufruf an die deutsche Beamtenschaft:

„Der Wahlausgang am 26. April ist auch für die deutsche Beamtenschaft von größter Bedeutung. **Es geht um die Frage Volksstaat oder Obrigkeitsstaat.**

Die das Berufsbeamtentum auszeichnenden Eigenschaften, Treue und Pflichtgefühl, fordert der Volksstaat als freiwillige Einordnung in den Dienst am Volke, der Obrigkeitsstaat als gehorsame Befehlserfüllung. Der Beamte muß sich am Wahltag entscheiden, ob er mit dem Reichsblockkandidaten Hindenburg die Wiederkehr des alten befehlsgewohnten Polizei- und Klassenstaates will oder mit dem Volksblockkandidaten Marx die Erhaltung und den Ausbau des Volksstaates, der seinen Bürgern und somit auch den Beamten alle staatsbürgerlichen Rechte verbürgt.

Der deutsche Staat kann nur gedeihen, wenn er das Vertrauen des Auslandes gewinnt und das Volk im Innern in Ruhe an der Gesundung des Staates arbeiten kann. Ordnung und Sicherheit im Staate aber gehen allein dem Beamten die Sicherheit seines Amtes.

Hindenburg bedeutet: Mißtrauen des Auslandes, Bevorzugung der früher herrschenden Schichten, Vorherrschung des Kapitals, Unruhe im Innern.

Marx aber heißt: Vertrauen im Auslande durch Fortsetzung der bisherigen demokratischen Politik der Verständigung, Gleichberechtigung aller Staatsbürger und stetige Aufwärtsentwicklung im demokratisch-sozialen Sinne.

Beamte, kämpft für die soziale Republik; gebt jede Stimme unserem Präsidentschaftskandidaten Marx."

Schmutzige Bundesgenossen

Die ernüchterte Bayerische Volkspartei

München, 16. April.

Die Bemühungen des Reichsblockes, sich durch Einbeziehung der Nationalsozialistischen Partei zu erweitern, rufen das lebhafteste Mißbehagen der Bayerischen Volkspartei hervor. Der „Bayerische Courier" erteilt dem Reichsblock heute folgende scharfe Abfuhr: „Kein Tag vergeht, an dem nicht die völkische und nationalsozialistische Presse die vaterländischen Empfindungen der Bayerischen Volkspartei und ihrer Wähler in der schmutzigsten Form angreift. Kein völkisches Blatt erscheint, das nicht dem vielumstrittenen Beschluß des Landesausschusses der Bayerischen Volkspartei die unsachlichsten Motive unterschiebt. Eine Gemeinschaft mit dieser Art von „nationalen" Politikern, wie sie die Völkischen und Nationalsozialisten darstellen, eine Gemeinschaft mit den Gesinnungsgenossen derer, die im „nationalen" Interesse Putsche veranstalten und Landesverrat nach der Weise des Münchener „Volksboten" treiben, lehnt daher die Wählerschaft der Bayerischen Volkspartei in ihrer überwältigenden Mehrheit ab. Wenn der Reichsblock dieser Tatsache ungeachtet dennoch auf Erweiterung seiner Organisation durch Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Gruppen hinzielt, so wird er sich über die selbstverständlichen Folgen solcher Versuche nicht wundern dürfen." **Das Potemkinsche Gefüge des Reichsblocks droht also nicht einmal den Termin der Reichspräsidentenwahl zu überdauern, für den es in aller Eile zusammengezimmert worden ist.**

Viking-Bündler als Einbrecher

Weimar, 16. April.

Ein politischer Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht zum 15. April in Erfurt verübt, indem aus dem Polizeipräsidium eine Anzahl Akten über politische Organisationen gestohlen wurden. Als Täter wurden inzwischen ermittelt die beiden Angehörigen des Wikinger-Bundes, Bankgehilfe Bartholome und Handlungsgehilfe Laudin aus Erfurt. Obgleich nach der Meldung eines deutschnationalen Blattes aus Erfurt bei der Haussuchung bei Laudin eine Anzahl Waffen und militärische Ausrüstungsstücke vorgefunden wurden, sollen die beiden Verhafteten vom Untersuchungsrichter alsbald nach ihrer Einlieferung und Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt worden sein. Wäre der Untersuchungsrichter bei einem Angehörigen einer anderen politischen Richtung ebenso rücksichtsvoll gewesen?

Abbau der Republikaner

Weimar, 16. April.

Großes Aufsehen erregt in Eisenach die plötzlich erfolgte Beurlaubung des dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Deutschen demokratischen Partei angehörigen dortigen Oberstaatsanwalts Dr. Elling. Vielfach sind Gründe, daß er Mitgliedern der genannten Organisationen ist, in der Oeffentlichkeit gegen ihn ausgespielt worden. Man nimmt an, daß Dr. Elling nicht wieder auf seinen Eisenacher Posten zurückkehren wird.

Hoefle schwer erkrankt

Der Gesundheitszustand des früheren Reichspostministers Dr. Hoefle hat sich während der Untersuchungshaft so bedrohlich verschlechtert, daß ernste Besorgnisse um sein Leben bestehen. Hoefle ist am Sonnabend von drei Ärzten der Charité auf seine Haftfähigkeit untersucht worden. Er ist schwer herzleidend, daß er, wie wir erfahren, gestern mit den Sterbesakramenten versehen worden ist.

Bock stößt Hindenburg

Der 80jährige an den 78jährigen

Wilhelm Bock, der sozialdemokratische Alterspräsident der beiden letzten Reichstage, wird demnächst 80 Jahre alt. Er hat an den ungefähr gleichaltrigen Hindenburg einen offenen Brief gerichtet, in dem es heißt:

„Obgleich ich noch ein Jährlein älter bin als Sie, stehe auch ich noch stark und aufrecht in meinen Stiefeln, trotz aller Stürme, die über mich dahingegangen sind. Und wenn ich mich in Generalsuniform stecken würde, so würde ich bei meinem Gardemaße zweifellos eine stattliche militärische Figur machen. Aber wäre ich deshalb ein großer Feldherr?

Die stattliche militärische Figur allein macht jedoch umgekehrt auch noch keinen großen Politiker, gibt noch nicht die Befähigung zum Reichspräsidenten. Zur politischen Führung gehören genau so politisches Wissen und Können, wie zur militärischen Führung militärisches Wissen und Können notwendig sind. Sie waren Ihr Leben lang Soldat, haben sich einen militärischen Namen